Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5543**

16. Wahlperiode 04. 06. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr. Karl Addicks und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/3018 –

Den Auswärtigen Dienst für die Aufgaben der Diplomatie des 21. Jahrhunderts stärken

A. Problem

Die Bundesregierung hat selbst festgestellt (Bundestagsdrucksache 16/2298), dass die Personalsituation im Auswärtigen Dienst, d. h. an den derzeit 226 Auslandsvertretungen und in der Zentrale des Auswärtigen Amts insgesamt unbefriedigend ist. Auch der Auswärtige Ausschuss hat in einem Beschluss vom 5. April 2006 mit Sorge festgestellt, „dass das Auswärtige Amt aufgrund einer immer unzureichenderen Mittelausstattung nicht mehr in der Lage sein könnte, seine wesentlichen Aufgaben zu erfüllen.“ Die Bundesregierung war in diesem Beschluss aufgefordert worden, ab dem Haushalt 2007 und den Folgejahren für eine Mittelausstattung des Auswärtigen Amts Sorge zu tragen, die über die jetzigen Planungen signifikant hinausgehen. Eine weitere Ausdünnung der Auslandsvertretungen insbesondere im Rechts- und Konsularbereich ist nicht mehr hinnehmbar. Auch muss die diplomatische Präsenz Deutschlands in den afrikanischen Staaten wieder aufgebaut werden, wo dies möglich ist und den deutschen außenpolitischen Interessen dient. Neben den Reformanstrengungen selbst, die der Auswärtige Dienst bereits selbst angefangen hat und die fortgeführt werden müssen, muss es ein Anliegen sein, deutsche Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes in internationalen Organisationen zu platzieren. Hierauf müssen die Bewerber ausreichend und langfristig vorbereitet werden. Eine ausreichende Personalreserve muss im Auswärtigen Amt aufgebaut werden. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, den Planstellenabbau nicht mehr fortzusetzen, zur Erfüllung politischer Aufgaben ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen und diese zu verstetigen, die Mittel für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht weiter zu kürzen, die knapp bemessenen Personalressourcen besser und effizienter zu nutzen, die Personalreserve selbst sukzessive auszuweiten, Abordnungen oder Beurlaubungen zu internationalen Organisationen langfristig einzuplanen und zu beginnen, und nicht erst für die Mitte oder das Ende einer Karriere vorzusehen, den Einsatz von Mitarbeitern bei deutschen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden einzuplanen, und auch die Lebenspartner der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes bei der Berufsausübung vor allem im Ausland stärker als bisher zu unterstützen. Zuletzt müssen

die vergleichsweise starren Grenzen zwischen den einzelnen Beamtenlaufbahnen gelockert werden, um mehr laufbahnübergreifende Einsätze der Beamten zu ermöglichen.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie einer Stimme aus der Fraktion der SPD

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3018 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg** Berichterstatter	**Dr. Rolf Mützenich** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
	Dr. Norman Paech Berichterstatter	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3018** in seiner 67. Sitzung am 23. November 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für Kultur und Medien sowie dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/SU und SPD gegen eine Stimme aus der Fraktion der SPD und gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 23. Mai 2007

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333